

Lex Wagenknecht – die Öffentlich-Rechtlichen sperren das BSW aus

Wer sich gestern im ZDF die Debattensendung „Wie geht's Deutschland“ angeschaut hat, hat sicher nicht schlecht gestaunt. Eingeladen waren Vertreter der sieben im Bundestag vertretenen Parteien. Sieben? Es sind aber doch seit der Gründung des BSW acht Parteien im Bundestag vertreten. Warum kein Vertreter des BSW? Das ist eine gute Frage, auf die auch das ZDF keine überzeugende Antwort hat. Die Öffentlich-Rechtlichen haben vielmehr klammheimlich die Regeln geändert, um das BSW nicht nur aus dieser, sondern wohl auch aus allen anderen politischen Debattensendungen herauszuhalten. Gerade für die Bundestagswahlen ist dies eine massive Behinderung, die sich zielgenau gegen das BSW richtet. Dass man damit der AfD hilft, scheint den Verantwortlichen egal zu sein. Bitte machen Sie Druck auf die Sender, um dieses unfaire Verhalten zu stoppen!

an Intendanz und Geschäftsleitung von ZDF und ARD

vorab per E-Mail: info@zdf.de info@ard.de

Der Umgang mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht seitens des ÖRR ist nicht konform mit den Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages

Geehrte Damen und Herren,

es ist zu lesen, daß eine Vertretung der Partei BSW in der sog. Debattensendung „Wie geht's Deutschland“ nicht dabei war! **Das ist ungeheuerlich** und bezeichnend für den ÖRR, der bereits sehr langjährig als regimekonformer Staatsfunk wahrgenommen wird und die einschlägigen Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages hinsichtlich Un- und Überparteilichkeit, Ausgewogenheit, umfassende Meinungsvielfalt, negiert. Um diesen Boykott zu begründen hätte man die einschlägige Regelung derart geändert, daß nicht mehr alle im Bundestag vertretenen, sondern nur noch solche in diesen gewählte Parteien geladen werden. Dergleichen kennen wir bereits bestens aus vielen rechtswidrigen und teils verbrecherischen Corona-Maßnahmen mit all den damit verbundenen Verunglimpfungen, Rufschädigungen bis hin zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz und Hetzkampagnen der aller übelsten Art mit maßgeblicher Beihilfe seitens des ÖRR - jetzt auch wieder in Zusammenhängen mit dem Ukrainekrieg: wenn etwas nicht in den eigenen Kram paßt, dann ändern wir halt eben die Regel, egal ob rechtsverbindlich oder nicht und auch am Grundgesetz vorbei, wenn es sein soll. Die Berechtigung der Forderung vieler, einschl. eigener Mitarbeiter, den ÖRR grundlegend und gravierend zu reformieren, vor allem auch zu verschlanken, wird bei dergleichen Ungeheuerlichkeiten mal wieder besonders gut belegt.

Interessant hierbei ist, daß besagtes BSW von den "etablierten Parteien" offensichtlich als eine Bedrohung für die eigenen Pfründen angesehen wird. Zu kapieren, daß diese Vorgehensweise hier eine Riesenwahlhilfe für die AfD ist, sind die Zuständigen wohl nicht in der Lage gewesen; denn die meisten Stimmen würde das BSW doch von deren Protestwählern übernehmen.

Für den Unterzeichnenden jedenfalls ist das BSW mal wieder ein Grund, den Stimmzettel nicht ungültig zu machen; denn zuvor gab es seit langem nichts mehr wodurch man - dem vor der Wahl immer die Hucke voll gelogen wird - sich auch nur halbwegs angemessen vertreten sah. Und, quasi aus Notwehr, AfD zu wählen geht schließlich auch nicht, weil diese ebenso neoliberal wie alle anderen sind. Und die Abspaltung von den Linken und Gründung einer neuen Partei hat ja ausgesprochen triftige und bestens nachvollziehbare Gründe. Jetzt auf Blackrock und Konsorten näher einzugehen führt in diesem Zusammenhang zu weit. Jedenfalls war ein avisiertes Kanzlerkandidat ein maßgeblicher Interessenvertreter in Europa - armes Deutschland.

Schukow soll nach der Eroberung Berlins gesagt haben: *"Wir haben sie vom Faschismus befreit. Das werden sie uns nie verzeihen."* Und jetzt angesichts der stattfindenden permanenten Kriegspropaganda, das die eigene Volkswirtschaft, insbesondere auch im Hinblick auf das dadurch fehlende Geld für die Sanierung der seit Merkel auf allen Gebieten total verrotteten Infrastruktur des Landes, rui-

nierende unverantwortliche Hochrüstungen und das weitestgehend für die Empfänger kostenfreie permanente Waffenlieferungen, verbal begleitet durch die Vokabel kriegstüchtig - kriegstüchtig sein ist da eigentlich eher zutreffender - machen, ohne einen auf realen Fakten basierten wirklich triftigen Grund, blieb es anscheinend unverziesen? Jedenfalls wird das alles von einem alten Mann, der WK II aus eigenem mit viel Not und Leid verbundenen Erleben kennt, als eine Form von Mobilmachung und Vorbereitung auf den dritten Weltkrieg (Unternehmen Barbarossa II) wahrgenommen. Und es bleibt völlig unverständlich wieso das MSM- und ÖRR-medial völlig unhinterfragt und kritiklos hingenommen und dargelegt wird. Und da stört jetzt natürlich so eine Gegenbewegung wie das BSW dann ganz gewaltig, um auf den Grund des Schreibens zurückzukommen. Und seitens des ÖRR wird ja dieses Bündnis und die Gründerin geflissentlich diskriminiert und verunglimpft. So wurde sie beispielsweise von einem multimedialen Chefredakteur bei SWR>Aktuell, Martin Rupp, der Demagogie bezichtigt und im Februar bei Mainz bleibt Mainz in Anwesenheit der Ministerpräsidentin als Stalinorgel bezeichnet.

Hinsichtlich Fragen nach Faschismus fällt einem zwangsläufig zuerst eine Dame namens Bosetti ein, die im ZDF völlig ungestraft den Unterzeichnenden zusammen mit 18 Mio. anderen "Ungeimpften" - ganz zu schweigen von allen quasi wider Willen Zwangsgeimpften, z. B. bei der Bundeswehr - als einen Blinddarm des Volkskörpers der entbehrlich sei bezeichnete. Faschistischer geht doch wohl eigentlich nicht mehr, oder? Und diese Dame ist dafür sicherlich nicht allein verantwortlich; denn es muß da redaktionelle Verantwortlichkeiten geben, die das durchließen, falls nicht womöglich sogar veranlaßten? Und kein Staatsanwalt ¹ fühlte sich offenbar zuständig hier unter Berufung auf § 130 StGB (Volksverhetzung) einzuschreiten, oder wurde durch Weisung daran gehindert? Daß aktuell die Demission der aller Ehren werten Staatsanwältin Brorhilker darauf beruhte, weil sie durch Weisung von ganz oben gravierend daran gehindert wurde CumEx-Täter zu überführen um sie der gerechten Bestrafung zuzuführen, ist ja wohl über jeden Zweifel erhaben und wurde aber von Staatsfunk und MSM weitgehend als Nebensache behandelt, wenn überhaupt.

Mit Grüßen verbunden mit der Forderung sich zukünftig geflissentlicher an die Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages sowie an Anstand und gute Sitten zu halten, insbesondere auch in Zusammenhängen wie dem hier stattgefundenen Boykott des Bündnis Sahra Wagenknecht; denn dieses auszuschließen bedeutet eine als Verpflichtung angesehene Vorgabe wie "Meinungsvielfalt" zu repräsentieren de facto außer Kraft zu setzen, und gemäß Umfragen haben wir es da immerhin mit etwa jedem 20sten Wähler zu tun! Das sind deutlich über 2 Mio. Staatsbürger!

CC: BSW

1 Von morgens bis abends wird aus allen Rohren ständig von "Unsere Demokratie verteidigen" gelabert. Was für eine Demokratie meinen die hier eigentlich in Verbindung mit einem politischen System in dem unter vielem anderen das Grundgesetz, also die Verfassung, löcherig gemacht wurde wie ein Schweizer Käse!? Bekanntlich sind in D die Staatsanwälte weisungsgebunden. - eine in "Demokratien" ganz seltene Ausnahme. Und eine Gesellschaftsordnung in der es keine wirklich unabhängige Justiz, d. h. keine Gewaltenteilung, gibt als Demokratie zu bezeichnen, wird zumindest als fragwürdig angesehen, Daß die Bestellung der höchsten Richter maßgeblich von politischen Parteien bestimmt wird, gehört zum selben Thema.

Antwort ZDF:

Sehr geehrte Zuschauerin, sehr geehrter Zuschauer,
vielen Dank für Ihre E-Mail an das ZDF.

In die Sendung "Wie geht's, Deutschland?" vom 07.05.2024 wurden die Vertreterinnen und Vertreter der sieben Parteien eingeladen, die bei der Bundestagswahl 2021 in den Deutschen Bundestag gewählt wurden.

Selbstverständlich wird das "Bündnis Sahra Wagenknecht" entsprechend seiner aktuellen politischen Bedeutung in der ZDF-Wahlberichterstattung zur Europawahl 2024 berücksichtigt - nach dem bekannten Prinzip der abgestuften Chancengleichheit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Zuschauerservice

Replik:

Guten Tag,

es ist ungeheuerlich den kritischen Zwangsgebührenzahler auf solche Weise zu verhöhnen; denn es wurde doch exakt beanstandet, daß die zuvor praktizierte Regelung, die alle Parteien im Bundestag betraf, dergestalt geändert wurde, daß jetzt das BSW boykottiert werden konnte. - wir es da also quasi mit einem "Lex Wagenknecht" zu tun haben. Somit liegt hier also eine konsequente Beibehaltung einer Regimekonformität seitens des zum Staatsfunk mutierten ÖRR vor, was hier reklamiert worden war, verbunden mit der Forderung zukünftig gefälligt die einschlägigen Vorgaben des RStV im Einklang mit Anstand und guten Sitten wieder zu realisieren!

Bester Gruß

Antwort ARD:

Guten Tag,

vielen Dank für Ihre E-Mail und dem Interesse am Ersten Deutschen Fernsehen.

Für das Europaparlament werden sich in Deutschland 34 Parteien zur Wahl stellen. Die Durchführung einer Wahlsendung wie der Wahlarena macht es nötig, eine Auswahl vorzunehmen, damit eine sinnvolle Diskussion unter den Teilnehmenden möglich bleibt. Für unsere Live-Sendung, in der Wahlberechtigte die Kandidatinnen und Kandidaten befragen werden, mussten wir uns auf eine Runde beschränken, die dazu auch noch Stellung nehmen kann, was sie in den letzten fünf Jahren im europäischen Parlament bewegt hat.

Darüber hinaus orientieren wir uns an den von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen der abgestuften Chancengleichheit, bei denen die Parteien entsprechend ihrer Bedeutung zu berücksichtigen sind. Dies bemisst sich an den Ergebnissen der letzten Wahlen zum Europaparlament, aber u.a. auch z.B. an Vertretungen in anderen Parlamenten. Deshalb laden wir zu diesem Townhall-Format die Spitzenkandidaten der dt. Parteien zur Europawahl ein, die im Europaparlament vertreten sind und über 5 % bei der letzten Wahl erhalten haben. Die Positionen der Parteien, die neu antreten, wie bspw. das BSW, finden sich in anderen Gesprächssendungen der ARD wieder.

Mit freundlichen Grüßen

Manja Hirte / ARD-Programmdirektion / ARD-Zuschauerredaktion

Replik:

an Intendanz und Geschäftsleitung der ARD

Guten Abend,

besten Dank zunächst für die Nachricht. Bedauerlicherweise wurde auf eine Vielzahl der in der Beschwerde über die Mängel des ÖRR vorgetragene Argumente und Begründungen überhaupt nicht eingegangen. Zwischen den Zeilen ist aber zu lesen, daß seitens der ARD beabsichtigt ist mit dem BSW genau so zu verfahren wie es vom ZDF bereits praktiziert wird. Vermutlich ist das abgesprochen worden, nämlich daß mit dem miesen Trick, nur Parteien die bereits vertreten oder schon mal gewählt wurden zu berücksichtigen, das BSW draußen vorlassen zu können! (Zitat: *was e in den letzten fünf Jahren im europäischen Parlament bewegt hat.*) Für den Normalbürger wurde aber in den letzten 5 Jahren da eine Menge Unheil und Schaden angerichtet - und das nicht bloß in Zusammenhang mit den Coronamachenschaften! Und deshalb ist es zwingend erforderlich, daß endlich eine Partei da ist, die sich auch für die Interessen besagten Normalbürgers sowie Zwangsgebührenden, dem die überhöhten Gebühren schon wieder erhöht werden sollen, engagiert und der deswegen selbstverständlich eine angemessene Plattform insbesondere und gerade im ÖRR zugemessen werden muß, um darlegen zu können wie es **zukünftig** anders und besser gemacht werden soll, kann und muß; denn das ist im Grunde eine selbstverständliche auf geltendem Recht gegründete Verpflichtung des ÖRR. Daß dies nicht nur den etablierten Parteien, sondern auch den Intendanten und Geschäftsführern beim aufgeblähten ÖRR, die z. T. höhere Bezüge als Bundeskanzler und Minister bekommen, ist zwar nachvollziehbar aber nichtsdestotrotz unredlich und nicht konform mit den Vorgaben des Rundfunkstaatsvertrages, wie bereits ausführlichst begründet worden war und wird demzufolge auch als rechtswidrig wahrgenommen.

Es wird darauf hingewiesen, daß lt. aktueller Umfrage das BSW bei 7 %, Linke und FDP (letztere immer überproportional vertreten) aber nur bei 4 % liegen, Bei 65 Mio. Wahlberechtigten wäre es da also etwa jeder 15te Bürger (ca. 4,5 Mio.!) in D, der es endlich anders haben will. Und eine solche neue Partei soll ausgrenzt, zumindest aber gravierend benachteiligt werden mit im Bezug zum aktuellen Sachverhalt ausgesprochen dämlichen Argumenten, von denen der letzte Absatz in Ihrem Schreiben nur so strotzt. *Die Bedeutung einer Partei soll sich also am Ergebnis der letzten Wahl bemessen?* Und wer da nicht dabei war bleibt außen vor? Das ist in der Tat **ungeheuerlich!** Und der hier offensichtlich gravierend benachteiligt werden sollende Bürger, der es endlich anders - sozialer, gerechter, weniger kriegssüchtig, mit mehr Sinn und Verstand und vor allem auch rechts- und grundrechtskonform etc. pp. - haben will, stellt sich die Frage, ob es nicht eigentlich in dieser sog. Demokratie möglich sein muß dagegen Rechtsmittel einlegen zu können.

Von Interesse wäre noch näheres über die "*von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen der abgestuften Chancengleichheit*" zu erfahren, an denen sich der ÖRR angeblich orientiert.

Einer raschen Antwort mit der Bestätigung korrekter vorgehen zu wollen wird mit Interesse entgegen gesehen; denn die Wahl ist bald und die offensichtlich beabsichtigte - wohl undemokratisch und rechtswidrige und gegen Anstand und gute Sitten gerichtet sowieso - Benachteiligung aller Betroffenen ist beträchtlich.

Bester Gruß

Abschließende Gedanken generell auch zu diesem Thema

zu „*Wir leben in einer Demokratie*“ bzw. „*Unsere Demokratie verteidigen*“

Seit den Corona-Machenschaften, die als Staatskriminalität wahrgenommen wurden und werden, und in Zusammenhang mit den aktuellen Maßnahmen zur Mobilmachung und Hochrüstung ohne jeden Sinn und Verstand und evident triftigem Grund (ausgenommen natürlich die Profitmaximierung für die Aktionäre der Rüstungsindustrie), was zwangsläufig zu der Frage führt, ob die ein Unternehmen "*Canossa II*" planen, und da womöglich gar ein Trend zum Wiederaufblühen von Faschismus vorliegen könnte? Die Erinnerung an: "**Wollt ihr den totalen Krieg?**", ist einem alten Mann jedenfalls

noch präsent! Und zu der Erkenntnis in Zusammenhang mit Corona: "*Täter werden Richter*", wäre der man erst zufrieden, wenn Leute wie Spahn, Lauterbach, die Unethikerin Buyx, welche u. a. auch Kinder zwangs"*impfen*" lassen wollte, und all die anderen Täter wegen des Unheils das sie angerichtet bzw. veranlaßt haben der gerechten Strafe zugeführt werden würden. Aber bekanntlich wird so etwas nie geschehen; denn in der hier real existierenden sog. Demokratie sind bekanntlich Staatsanwälte weisungsgebunden, und allein von daher erledigt sich wieder alles wie bei dergl. üblich (siehe aktuell z. B. Brorhilker) von selbst. Ist es nicht eigentlich an der Zeit, sich mal intensiver mit GG, Artikel 20 (4), Recht auf Widerstand, zu beschäftigen; denn daß vom Regime die Sätze (1) bis (3) nicht mehr gewährleistet werden, ist wohl inzwischen vielfach evident. Es liegt nicht bloß ein Totalversagen von Legislative und Exekutive sondern auch von der Dritten und Vierten Gewalt, vornehmlich des als ÖRR bezeichneten Staatsfunks und MSM sowieso, vor und dies bereits sehr langjährig. In einer Leserzuschrift fand sich eine gleichermaßen kurze wie perfekte Antwort auf die Frage: was ist eine **Repräsentative Demokrat**? "*Korruption und Lobbyismus.*"